ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Heuss, Ernst

Article — Digitized Version

Ausdruck einer verfehlten Globalsteuerung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heuss, Ernst (1973) : Ausdruck einer verfehlten Globalsteuerung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 4, pp. 199-200

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134530

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Ausländische Arbeitskräfte

Ausdruck einer verfehlten Globalsteuerung

Ernst Heuss, Marburg

Im Februarheft veröffentlichten wir zu dem Thema „Grenzen der Ausländerbeschäftigung" Beiträge von Prof. Gerhard Kade und Dr. Günter Schiller sowie Josef Stingl und Walter Arendt. In der folgenden Stellungnahme wendet sich Prof. Ernst Heuss gegen „die Hilflosigkeit gegenüber dem besagten Phänomen", die in diesen Beiträgen seiner Ansicht nach zum Ausdruck kommt.

In den genannten Beiträgen ließ sich ein allgemeines Unbehagen über ein weiteres Anschwellen der ausländischen Arbeitskräfte vernehmen. Kade und Schiller wollen dafür vor allem ein Unvermögen der Wirtschaftstheorie, wenn nicht sogar der Marktwirtschaft bzw. des sogenannten kapitalistischen Systems verantwortlich machen. Die Beiträge von Stingl und Arendt setzen zwar die Akzente anders, doch macht dies die Hilflosigkeit gegenüber dem besagten Phänomen eher noch deutlicher. Beide Gedankenrichtungen können daher keine wirtschaftspolitische Lösung anvisieren, was allerdings nicht erstaunlich ist, wenn man sich über die eigentliche Ursache nicht im klaren ist.

Zunächst ist festzuhalten, daß der Vorwurf von Kade und Schiller gegen die Wirtschaftstheorie zu Unrecht erhoben wird. Diese gibt sehr wohl eine recht klare und eindeutige Erklärung dafür ab; nur muß man aus dem theoretischen Instrumentenkasten die richtigen und nicht die falschen Instrumente nehmen. Die Tatsache, daß dies bis jetzt nicht geschehen ist, ist erstaunlich und zeigt, wie schwierig es anscheinend ist, theoretische Einsichten auf die jeweilige Situation adäquat anzuwenden. Bevor auf diese Frage näher eingegangen wird, ist es notwendig, einige raumtheoretische Zusammenhänge in Erinnerung zu rufen, da ohne sie die Gefahr besteht, zwei verschiedene Konstellationen in einen Topf zu werfen.

Raumtheoretische Überlegungen

Zu Beginn des 19. Jh. stellte bekanntlich das Ruhrgebiet, wo heute Stahlwerke und Hochöfen stehen, eine ländliche Idylle dar. Die erste industrielle Welle, die auf Kohle und Eisen beruhte, hätte im Ruhrgebiet nicht stattfinden können, wenn die betreffenden Unternehmungen nur auf diejenigen Arbeitskräfte hätten zurückgreifen können, die vorher dort als Bauern und Knechte tätig gewesen waren. Der Zuzug von auswärtigen Arbeitskräften, die zu einem großen Teil aus Ostdeutschland und darüber hinaus kamen, haben die Schaffung einer Schwerindustrie in diesem Umfange erst ermöglicht. Das gleiche läßt sich für Nordfrankreich, Belgien usw. sagen. Diese Ära war aus produktionstechnischen Gründen ausgesprochen rohstoffstandortorientiert.

Bereits die zweite industrielle Welle, die durch die Elektrotechnik und die Chemie gekennzeichnet werden kann, zeigt keine so starke Bindung an Naturvorkommen. Diese Entwicklung hat sich im 20. Jh. verstärkt fortgesetzt, so daß man heute fast von einer industriellen Ubiquität sprechen kann. In mancher Hinsicht kehrt sich sogar die Entwicklung in ihr Gegenteil um, wenn frühere Standortvorteile heute zum Nachteil werden. Die Errichtung von Stahlwerken an der Küste, wo ihnen auf dem billigen Seewege die Rohstoffe von aller Welt am vorteilhaftesten zur Verfügung stehen, zeigt dies in recht instruktiver Weise.

Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung

Hieraus ergibt sich eine wichtige Konsequenz. Es besteht heute aus produktionstechnischen Gründen nicht mehr die Notwendigkeit für die

Prof. Dr. Ernst Heuss, 50, ist Ordinarius an der Universität Marburg. Seine speziellen Arbeitsgebiete sind die Wettbewerbstheorie und die internationale Währungspolitik.

Arbeitskräfte, dorthin zu wandern, wo aufgrund gewisser Bodenschätze Industrien aufgebaut werden können. Dies gilt in besonderem Maße für Westeuropa, dessen Binnenland nicht mehr als einige hundert Kilometer vom Meer entfernt ist. Es muß sich also um einen anderen Sachverhalt handeln, wenn Deutschland schon seit dem ausgehenden 19. Jh. per Saldo auswärtige Arbeitskräfte aufnahm.

Will man hierauf eine Antwort geben, so muß man sie auf einer anderen Ebene suchen, die sich allerdings nicht mit ein paar Worten erfassen läßt. Letzten Endes geht es hier um die Frage, welche Faktoren die ökonomische Entwicklung eines Landes bestimmen. Dazu gehört unter zahlreichen Faktoren, wie historische, politische etc., nicht zuletzt auch eine gesellschaftliche Ordnung, die unternehmerische Initiative sich entfalten läßt und ein soziales Klima aufweist, das eine kontinuierliche und geregelte Produktion erlaubt.

Sieht man in dieser Richtung die Antwort auf die dynamische ökonomische Entwicklung in der BRD und damit auch auf die Attraktionskraft für ausländische Arbeitskräfte, so stellt sich die Frage, ob dieser Sachverhalt dazu zwingt, daß ein solches Land in immer stärkerem Maße von ausländischen Arbeitskräften gleichsam überflutet wird, besonders dann, wenn es sich um ein Land handelt, dessen Bevölkerung durch politische Katastrophen bereits auf engem Raum zusammengedrängt ist. Verhält es sich tatsächlich so, daß aus dem marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen System eine immer weitere Agglomeration zwangsläufig erfolgt?

Demonstration kreislauftheoretischer Zusammenhänge

Die moderne Wirtschaftstheorie, wie sie mit dem Namen Makrotheorie nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein Fuß gefaßt hat, erweckt zuweilen den Eindruck, daß man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. Es ist nämlich die Makroökonomie oder besser gesagt die Kreislauftheorie, welche die zur Diskussion stehenden Zusammenhänge aufgedeckt hat. Es gehört heute zum Standardwissen eines jeden Lehrbuches, daß man Arbeitslosigkeitsziffern, die zuweilen in die Millionen gehen, nicht wie im 19. Jh. als Schicksal hinzunehmen hat. Es handelt sich um Kreislaufstörungen, die auf zu geringe Investitionen zurückgehen. Der sogenannte Multiplikator zeigt an, in welchem Umfang die Investition und damit die effektive Nachfrage zu heben ist, damit Vollbeschäftigung erreicht wird.

Freilich werden diese kreislauftheoretischen Gedanken nach Erreichen der Vollbeschäftigung nicht mehr konsequent fortgeführt, es sei denn, man spricht von der sogenannten inflatorischen Lücke. Hier liegt nun der theoretische Einstieg für das Phänomen der ausländischen Arbeitskräfte. Eine zu hohe effektive Nachfrage, die über das volkswirtschaftliche Produktionspotential hinausgeht, fegt zunächst den inländischen Arbeitsmarkt leer, öffnet dann die Schere zwischen Arbeitslosen und offenen Arbeitsstellen und schafft damit den Sog für ausländische Arbeitskräfte. Dieser Prozeß kam in der BRD Ende der fünfziger Jahre in Gang. Zunächst war er kaum spürbar, verstärkte sich in den sechziger Jahren und tritt seitdem bei jedem Konjunkturaufschwung in ganz akzentuierter Weise auf. Eine instruktivere Demonstration kreislauftheoretischer Zusammenhänge läßt sich nicht vorstellen.

Globale Fehlsteuerung

Nachdem die Diagnose gestellt ist, ist es auch sehr einfach, die Antwort darauf zu geben, wer dafür zuständig und vor allem wer auch dafür verantwortlich ist. Es ist der Staat, dem die Steuerung der effektiven Nachfrage obliegt. Wie das Stabilitätsgesetz deutlich ausdrückt, gilt es nicht nur für die Unter-, sondern ebenso für die Überbeschäftigung. Eine andere Frage ist, worauf im konkreten Falle die zu hohe effektive Nachfrage zurückgeht. Zum Teil mag der Staat selbst unmittelbar daran beteiligt sein, wenn er mehr ausgibt, als er einnimmt. Sie kann sich aber auch aus einem länger andauernden Aktivsaldo der Leistungsbilanz – allerdings sind in der Leistungsbilanz auch die Überweisungen der ausländischen Arbeitskräfte an ihre Familienangehörigen im Ausland zu berücksichtigen – und nicht zuletzt aus zu hohen privaten Investitionen ergeben. Letztere setzen aber eine entsprechende Geld- und Kreditschöpfung voraus, womit wiederum der Staat und seine Institutionen angesprochen sind, die für die Geld- und Kreditpolitik verantwortlich sind. Hingegen haben sich die einzelnen Unternehmungen an den jeweiligen Marktdaten zu orientieren und auf die dort geäußerte Nachfrage mit einem entsprechenden Angebot zu reagieren. Würden sie das nicht tun, so kämen sie ihrer in der Marktwirtschaft zuerteilten Aufgabe nicht nach. Es ist daher unangebracht, den Unternehmern Vorwürfe zu machen, wenn sie mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte ihre Produktion erhöhen. Was in einer solchen Volkswirtschaft nicht stimmt, sind die Makrodaten, von denen die Mikrodaten für den einzelnen Unternehmer bestimmt werden. Die Kreislaufgrößen und ihre Bestimmung fallen in die Domäne der Globalsteuerung. Eine Fehlsteuerung auf diesem Gebiet äußert sich entweder in Arbeitslosigkeit oder in ausländischen Arbeitskräften als ihrem Gegenstück. Beides ist jedoch kein Fatum, geschweige denn wirtschaftssystembedingt.